

HEKS: Fragwürdiger Umgang mit Steuergeldern

Vier Bewohner der indonesischen Insel Pari klagen derzeit vor dem Gericht des Kantons Zug gegen den Zementkonzern Holcim. Sie fordern unter anderem Schadenersatz von Holcim, weil dieser Konzern massgeblich verantwortlich sei für die jährlichen weltweiten CO₂-Emissionen. Diese hätten zum Anstieg des Meeresspiegels und zur Verkleinerung der Landfläche von Pari geführt.

Das Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (HEKS) unterstützt das Zivilverfahren der vier Indonesier. Oder anders gesagt: Das HEKS instrumentalisiert diese Inselbewohner für ihre ideologische Aktion. Stellvertretend für unzählige Akteure in einem geopolitischen Kontext prangert das HEKS ein einziges Unternehmen an, das sich noch dazu stark für eine Reduktion der CO₂-Emissionen engagiert.

Das HEKS finanziert seine juristische Unterstützung in diesem Zivilverfahren mit Steuergeldern. Knapp ein Viertel der jährlichen Steuergelder für das HEKS stammen von den kantonalen Landeskirchen.

Dass die Landeskirchen ihr eigenes kirchliches Hilfswerk unterstützen, ist naheliegend. Dass sie damit jedoch unkritisch ein fragwürdiges Verfahren an einem kantonalen Gericht mitfinanzieren, ist nicht im Sinn vieler Mitglieder. Das zeigen derzeit auch viele Kirchenaustritte. Das ideologische Vorgehen des HEKS schadet somit nachhaltig den Landeskirchen, die es mitfinanzieren.

Ebenso wenig dürfte das Vorgehen des HEKS im Sinn aller Steuerzahler sein: Drei Viertel der jährlichen Steuergelder für das HEKS stammen vom Bund und von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

In der Schweiz und im Ausland sind unzählige Menschen auf Unterstützung angewiesen. Von einem kirchlichen Hilfswerk und von den Landeskirchen, die es mitfinanzieren, fordere ich, dass sie Menschen in Not unterstützen – und kein ideologisches Gerichtsverfahren.

Klaus Utzinger